

**Niederschrift über die
Sitzung des Kreistags am 13.11.2017**

Ort: in der Wilhelm-Enßle-Halle Remshalden-Geradstetten, Friedensstraße 14 in 73630
Remshalden

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

78 Kreisrätinnen und Kreisräte: Meßmer (ab 14:40 Uhr)

Entschuldigt: Wittner, Jäger, Dr. Kasper (CDU)
Gruber (SPD)
Dr. Fleischer, Fazio, Halder, Mes- (GRÜNE)
singer
Goll, Haußmann, (FDP-FW)
Medeck (AfD/Unabhängige)

Ferner: Erster Landesbeamter Kretz-
schmar
Kreiskämmerer Geißler
Regierungsdirektor Dr. Zaar

Leitende Beamte und Angestellte

Gäste

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 16:30 Uhr

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 13.11.2017

Seite 2

Öffentlich

§ 1

Haushaltsreden und Haushaltsanträge der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2018

Drucksache

Kreisrat **Häuser** führt für die **Fraktion der Freien Wähler** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
werte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags, liebe Gäste,

„Die öffentlichen Haushalte werden in den guten Zeiten ruiniert“, so lautet eine alte Kämmererweisheit, die auch heute noch ihre Gültigkeit hat.

Dass wir uns in einer guten Zeit befinden, bestätigt das aktuelle Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die fünf Wirtschaftsweisen prognostizieren ein kräftiges Wachstum in diesem und im kommenden Jahr, warnen aber vor einer Überauslastung. 2,0 Prozent Wachstum werden in diesem und sogar 2,2 Prozent im nächsten Jahr erwartet. Auch die Arbeitslosenquote befindet sich mit 5,4 Prozent auf einem historischen Tiefstand. Also gute Voraussetzungen für die kommunalen Haushalte bei den Landkreisen und den Kommunen. Trotzdem ist es die Aufgabe von uns kommunalen Mandatsträgern, die geplanten Projekte und deren finanziellen Folgen kritisch zu hinterfragen. Nun zu den Themen.

Rems-Murr-Kliniken

Ein wichtiger Schritt in Richtung einer zukunftsfähigen medizinischen Versorgung im Rems-Murr-Kreis war die Verabschiedung der Medizinkonzeption durch den Kreistag in seiner Sitzung am 24. April 2017, die unsere Fraktion voll unterstützt. Durch die Festlegung auf das Szenario 1 mit Winnenden und den geplanten Bettenerweiterungen sowie mit Schorndorf und der Sanierung im Bestand haben beide Häuser jetzt eine langfristige Planungssicherheit. Gleichwohl dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass wir die Rems-Murr-Kliniken jährlich mit über 20 Mio. Euro aus dem Kreishaushalt stützen müssen. Hier bleibt die Geschäftsführung auch in der Zukunft gefordert mit dem Ziel, das jährlich entstehende Defizit weiter zu reduzieren.

Kreisbaugruppe – Bezahlbarer Wohnraum

Die Kreisbaugruppe hat sich in den vergangenen Jahren unter der Leitung des Geschäftsführers Dirk Braune zu einem wichtigen Unternehmen des Landkreises und zu einem wichtigen Partner der Städte und Gemeinden im Rems-Murr-Kreis entwickelt. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gehört heute und in den nächsten Jahren zu einer der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben. Die Kreisbaugruppe muss und wird hierzu in Zusammenarbeit mit den Kommunen einen wichtigen Beitrag leisten. Unsere Fraktion der 'Freien Wähler' wird deshalb die Erhöhung des Eigenkapitals der Kreisbaugruppe durch den Landkreis unterstützen und mittragen.

Gesamtimmobilienkonzeption

Die Immobiliensituation der Kreisverwaltung mit einer Verteilung auf 11 Standorte in Waiblingen entspricht nicht mehr den Anforderungen der heutigen Zeit. Insoweit ist es richtig und sachgerecht, eine Gesamtimmobilienkonzeption zu erstellen. Beim Standort 'Alter Postplatz' besteht einerseits ein erheblicher Sanierungsrückstau, andererseits hat diese Fläche ein immenses städtebauliches Entwicklungspotenzial. Die vorgesehene Realisierungsstudie als Grundlage für einen Hochbauwettbewerb halten wir für den richtigen Planungsansatz. Allerdings müssen wir von Anfang an sehr genau beleuchten, welche finanziellen Investitionsbelastungen und welche Folgekosten dabei in den nächsten Jahren auf den Kreishaushalt zukommen.

Investitionsprogramm für Straßen und Radwege

Die Verwaltung hat dem Umwelt- und Verkehrsausschuss in seiner Sitzung am 23. Oktober 2017 ein Investitionsprogramm 'Straßen und Radwege' für die Jahre 2018 bis 2021 vorgelegt. Hierüber soll der Kreistag im Dezember entscheiden. Das Programm hat einen Umfang von 18 Mio. Euro und soll mit 9 Mio. Euro über sogenannte 'ausgegrabene' Haushaltsmittel finanziert werden. Unsere Fraktion der 'Freien Wähler' begrüßt ausdrücklich die Sanierung der Kreisstraßen und Radwege, weil hier Handlungsbedarf besteht. Wir nehmen auch positiv zur Kenntnis, dass Sie, Herr Landrat, die Arbeit der Verwaltung sehr genau hinterfragen. Offensichtlich kamen damit knapp 9 Mio. Euro an Haushaltsmitteln zum Vorschein, mit denen die Hälfte des Programms finanziert werden soll. Darüber freuen wir uns natürlich. Andererseits muss man aber klar festhalten, dass damit die Kreisumlage in einem der vorangegangenen Jahre um 9 Mio. Euro und damit um knapp 2 Prozentpunkte zu hoch angesetzt war.

Flüchtlinge

Die Flüchtlingsunterbringung und die Integration der bleibeberechtigten Flüchtlinge ist eine Aufgabe, die uns auch in den nächsten Jahren stark fordern wird. Hier möchte ich Ihnen, Herr Landrat Dr. Sigel und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreisverwaltung meinen ausdrücklichen Dank aussprechen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis und den Kommunen ist vorbildlich, auch wenn es darum geht, pragmatische und zielorientierte Lösungen zu finden. Ich denke da unter anderem an das Übergangskonzept, das die Sozialbetreuung aller Flüchtlinge in den Städten und Gemeinden unseres Landkreises sichergestellt hat. Die Einbindung der neuen Flüchtlingsmanager stellt im Jahr 2018 ein zentrales Element der Flüchtlingsarbeit dar. Sie wird über den Erfolg der Integration der bleibeberechtigten Flüchtlinge maßgeblich mitentscheiden. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, dafür zu sorgen, dass das Land auch seiner gesetzlichen Verpflichtung nachkommt, den Landkreisen und damit auch den Kommunen die Kosten der Flüchtlingsunterbringung in vollem Umfang zu erstatten.

Breitbandversorgung

Eine Breitbandversorgung mit schnellem Internet ist Grundvoraussetzung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land und Entscheidungskriterium für den Wohnort der Bürger. Deshalb benötigen wir Glasfaserverbindungen bis ins Haus, das sogenannte FTTB, also Fiber To The Building; und zwar sowohl in den wirtschaftlichen Zentren wie auch im ländlichen Raum. Dies ist eigentlich eine Aufgabe der privaten Telekommunikations-anbieter. Dort, wo der Markt versagt, fällt diese Aufgabe der öffentlichen Hand zu. Deshalb halten wir es auch für richtig, dass der Verband Region Stuttgart, die Landeshauptstadt Stuttgart und die Landkreise gemeinsam mit den Kommunen aktiv werden. Wir sind froh, dass das Monster einer Anstalt des öffentlichen Rechts, das die Breitbandversorgung für die gesamte Region Stuttgart hätte regeln sollen, vom Tisch ist. Gut ist, dass sich der Verband Region Stuttgart mit einem Breitbandbeauftragten jetzt auf eine koordinierende Funktion beschränkt. Für die Breitbandversorgung sind im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 1 Mio. Euro bereitgestellt. Trotz mehrmaliger Nachfrage konnte uns die Verwaltung nicht darlegen, welchem Sachgrund diese enorme Haushaltsposition zugrunde liegt. Wir beantragen daher, diese Position aus dem Haushaltsplan zu streichen. Um nicht falsch verstanden zu werden: Wir unterstützen die Aktivitäten des Landkreises zur Breitbandversorgung und sind auch bereit, die notwendigen Mittel in erforderlichem Umfang zu bewilligen. Die Grundlage hierfür liegt dem Kreistag derzeit nicht vor.

Finanzen – Kreisumlage

Die Haushaltsplanung und damit die Etathoheit gehört zum Königsrecht des Kreistags. Damit entscheidet der Kreistag auch über die Höhe der Kreisumlage. Diese wichtige kommunalpolitische Entscheidung wird immer wieder von einigen als 'Feilschen' in die politische Schmutzdecke gestellt; in diesem Jahr leider auch von Ihnen Herr Landrat. Es ist vielmehr die originäre Aufgabe des Kreistags, die Höhe der Kreisumlage festzustellen und dabei auf die Finanzkraft der Städte und Gemeinden Rücksicht zu nehmen. Ganz aktuell wurde dies durch das jüngste Urteil des Verwaltungsgerichts Bayreuth zur Kreisumlage im Landkreis Forchheim auch gerichtlich festgestellt; ein Urteil mit bundesweiter Signalwirkung. Der Tenor der Urteilsbegründung lautet: 'Für die Landkreise ergeben sich Ermittlungspflichten bereits vor Erlass der Haushaltssatzung im Hinblick auf die konkrete Finanzsituation der umlagepflichtigen Gemeinden.' Soweit zum Grundsätzlichen. Im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2018 schlägt die Verwaltung eine Reduzierung des Hebesatzes der Kreisumlage von 36,6 auf 35,6 Prozentpunkte vor. Tatsächlich ergibt sich dadurch keine Senkung der Kreisumlage sondern eine weitere Erhöhung um rund 6,5 Mio. Euro auf nunmehr knapp unter 210 Mio. Euro. Grund hierfür ist die gestiegene Bemessungsgrundlage Für die Festsetzung des Hebesatzes der Kreisumlage beantragt unsere Fraktion der 'Freien Wähler' gegenüber dem Verwaltungsvorschlag eine Senkung um einen Prozentpunkt auf 34,6 Prozentpunkte. Begründung:

1.)

Die Verwaltung will im vorliegenden Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2018 von den Abschreibungen in Höhe von 13,9 Mio. Euro sage und schreibe 12,6 Mio. Euro über die Kreisumlage erwirtschaften. Dies sind über 90 Prozent.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, davon können die meisten Städte und Gemeinden im Rems-Murr-Kreis nur träumen. Die Landkreisverwaltung begründet dies mit den Regelungen für das neue Haushaltsrecht. Diese Gesetzesregelung gilt aber erst ab dem Jahr 2020. Der Kreis nimmt sich hier über die Kreisumlage einen Schluck aus der Abschreibungs-Pulle, der vielen Kommunen verwehrt bleibt.

2.)

Betrachten wir einmal die Fakten und vergleichen das aktuell letzte Rechnungsergebnis aus dem Jahr 2016 mit der vom Kreistag verabschiedeten Haushaltsplanung. Die Kreisumlage wurde 2016 von 37,5 Prozent um 1,0 Prozentpunkt auf 38,5 Prozent erhöht. Tatsächlich hat sich das ordentliche Ergebnis um 22,1 Mio. Euro verbessert. Dies entspricht einer Kreisumlage von 4,4 ich wiederhole 4,4 Prozentpunkten. Die Kreisumlage hätte demnach im Jahr 2016 tatsächlich 34,1 Prozent betragen müssen und nicht 38,5 Prozent. Und trotzdem hätten alle kommunalpolitischen Ziele des Kreistags vollständig umgesetzt werden können. Unser Finanzierungsvorschlag zur Reduzierung der Kreisumlage um 1,0 Prozentpunkt sieht wie folgt aus, auch inklusive der aktuellen Entwicklungen die wir laut Schreiben vom 9.11.2017 erhalten haben. Also mit -1,165 Mio. Euro. Zum einen -1,0 Mio. Euro beim Breitbandausbau, +1,0 Mio. Euro bei der Grunderwerbsteuer und -5,06 Mio. Euro durch die Begrenzung der erwirtschafteten Abschreibungen auf 7,54 Mio. Euro.

Die Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzungen fand in der vergangenen Woche statt. Für das nominale Bruttoinlandsprodukt, auf das es für die Steuerschätzung wesentlich ankommt, werden Zuwächse von 3,5 Prozent für 2017 und 3,6 Prozent für 2018 erwartet. Dies wird auch beim Landkreis zu Steuermehreinnahmen führen, die zu einer weiteren Reduzierung der Kreisumlage genutzt werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Jahr 2017 war für uns alle wiederum ein sehr arbeitsreiches Jahr. Ich bedanke mich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, für Ihren herausragenden Einsatz und die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ihr kommunalfreundliches Wirken für die Städte und Gemeinden im Rems-Murr-Kreis möchte ich an dieser Stelle besonders hervorheben. Unserem Kreiskämmerer Herrn Geißler und Frau Kugler mit Ihrem Team danke ich für die hervorragende Arbeit bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2018. Vielen Dank auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises für Ihr großes Engagement in diesem Jahr. Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, danke ich für die konstruktive Zusammenarbeit und das gute Miteinander. In diesem Sinne stehen wir von der Fraktion der 'Freien Wähler' auch künftig für eine sachbezogene Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises und seiner Städte und Gemeinden. Vielen Dank.“

Kreisrätin **Sturm** legt für die **Fraktion Bündnis90/Die Grünen** dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
Bürgerinnen und Bürger,
Vertreterinnen und Vertreter der Presse,
Kolleginnen und Kollegen im Kreistag,

mein Vorredner hat es schon gesagt. Die Wirtschaft boomt, aus dem Arbeitsplatzmangel hat sich ein Arbeitskräftemangel entwickelt. Die Steuereinnahmen sprudeln. Wir leben in einer Zeit, wie geschaffen für Investitionen oder Schuldenabbau.

In den vergangenen Jahren wurden uns stets hochgradig defizitäre Haushalte vorgelegt. Mit eingezogenen Köpfen verabschiedeten wir die Rekordverschuldung und die Rekordkreisumlage. Doch nun, für das kommende Jahr 2018 kommt von den sprudelnden Steuereinnahmen auch etwas bei uns an. Ohne unsere Pflichtaufgaben, Beispiel Schulen, zu vernachlässigen ist es der Verwaltung gelungen, für 2018 drei Investitionsschwerpunkte zu setzen. Da bedanken wir uns ausdrücklich dafür. Breitbandausbau, Straßenerhalt und Radwegebau sowie den Wohnungsbau.

Breitbandausbau / Industrie 4.0 / Bildung / Berufsschulen

Wir begrüßen, dass kreisweit alle Bürger*innen und Unternehmen auch mit regionaler Unterstützung ans schnelle Breitbandnetz angeschlossen werden. Nicht jeder Landkreis und nicht jede Kommune muss hier das Rad neu erfinden. Dies ist wichtig, damit unsere ländlichen Räume im Rems-Murr-Kreis auch lebendig bleiben. Junge Leute, Ärzte, Startups, selbst Lebensmitteldiscounter werden sich dort sonst nicht halten lassen oder schon gar nicht neu ansiedeln. Auch die bestehenden Betriebe sind auf ein gutes Netz angewiesen.

Aus allen Kommunen besuchen Schüler*innen die Kreisschulen, die mit AV Dual einen sehr wichtigen Baustein zur Integration leisten. Wir beobachten die Entwicklung in Sachen Industrie 4.0 nämlich durchaus auch kritisch. Wenn Chips und Sensoren statt Menschen die Steuerung von Maschinen übernehmen werden sich viele Arbeitsplätze verändern. Deshalb ist es wichtig, dass junge Menschen im Kreis bestmöglich ausgebildet werden. Die guten Kooperationen zwischen unseren

Betrieben und den Kreis-Schulen gilt es weiter zu stärken, beispielsweise durch die gemeinsame Errichtung von Showrooms.

Bezahlbarer Wohnraum

Lokal nicht lösbar sind auch die Ursachen weltweiter Migrationsbewegungen. Die Unterdeckung des Wohnraumbedarfs im Rems-Murr-Kreis resultiert jedoch nicht allein aus der Zuweisung von Geflüchteten. Schon lange haben Wohnungssuchende mit vielen Kindern, mit wenig Einkommen, mit ausländischem Namen oder mit Bedarf an Barrierefreiheit schlechte Karten bei der Wohnungssuche. Hier waren der Kreis und die Kommunen schlichtweg lange Zeit nicht ausreichend aktiv. Inzwischen findet aber auch die von unseren Kliniken verzweifelt gesuchte Krankenschwester keinen bezahlbaren Wohnraum mehr im Rems-Murr-Kreis – und wandert dann dahin ab, wo der Klinikbetreiber ihr welchen anbietet! Die Kreisbaugruppe stärkt den sozialen Zusammenhalt, wenn sie für eine gute Durchmischung von Mieterinnen und Mietern in den kreiseigenen Gebäuden sorgt. Wir sagen ausdrücklich 'Ja', wenn die Kreisbaugruppe neue Werte schafft und mit erhöhtem Eigenkapital wieder den Wohnungsbestand anstrebt, den die Kommunen vor ca. 25 Jahren verkauft haben, sehr geehrte Herren Bürgermeister! Die Regelleistung für Sozialleistungsempfänger zahlt der Bund – die Unterkunftskosten bleiben aber an den kommunalen Trägern hängen. Mit mehr eigenem Wohnungsbestand hat der Kreis über die Kreisbaugruppe somit wenigstens eine kleine Stellschraube zur Ausgabensenkung im Sozialhaushalt in der Hand, der weiterhin trotz der allgemein guten Lage steigt und steigt. Die Stadt Stuttgart betreibt das mit Ihrer SWSG so halbwegs erfolgreich. Gleichzeitig steigt aber trotz Wohnungsnot auf der einen Seite die Quadratmeterzahl pro Person kontinuierlich an. Wir als Gesellschaft leben also auch hier über unsere Verhältnisse. Denn Grund und Boden sind nicht vermehrbar und bei jeder Versiegelung ist die Erfordernis gut abzuwägen. Auch wenn die Freunde größtmöglicher Bauherrenfreiheit, die sich gerade lieber anderweitig unterhalten, in der aktuellen Lage fordern, ungebremst weitere Ackerflächen und Hanglagen mit Aussicht zu bebauen, so tut der Kreis gut daran, nur in integrierten Lagen zu bauen. Der immer noch gültige Beschluss, ein Musterlandkreis beim Klimaschutz sein zu wollen verträgt sich weder mit einer weiteren Verschiebung der Siedlungsgrenzen noch mit der damit verbundenen Erzeugung von noch mehr Verkehr, Hallo Herr Sczuka.

Straßen, Radwege, ÖPNV

Auch Sanierungsmaßnahmen im Straßenbau sind eine Form von Schuldenabbau. Trotz unserer grundsätzlich kritischen Haltung gegenüber Fördermaßnahmen für den Individualverkehr sehen auch wir die Notwendigkeit, den Bestand an Kreisstraßen in einem guten und vor allem in einem sicheren Zustand zu erhalten. Allerdings ist eine Verschiebung der bei der Region nicht abgerufenen ÖPNV-Mittel in den Straßenbau mit uns so nicht zu machen. Diese Mittel sollten zunächst der Verbesserung des ÖPNV im Rems-Murr-Kreis zu Gute kommen. Daher wünschen wir möglichst im nächsten UVA einen detaillierten Bericht, ob im Rems-Murr-Kreis nun die Pflichten aus dem ÖPNV-Pakt (Andienung aller S-Bahnen im Halbstunden-Takt tagsüber) erfüllt werden oder ob hier noch Mehrbedarf besteht. Verbesserungsmöglichkeiten bieten beispielsweise auch viel genutzte Strecken, die mit dem ÖPNV unattraktiv sind, da dieser doppelt so viel Zeit benötigt wie die Fahrt mit dem Auto – bestes Beispiel, wie wir finden im Rems-Murr-Kreis, die Strecke Backnang – Schorndorf - (inklusive einer besonders, bei diesem Wetter höchst ungemütlichen Wartezeit am Bahnhof Waiblingen, Herr Hesky). Eine gut vertaktete und damit auch schnellere halbstündige Verbindung vom Bus auf die Wieslaufbahn käme nicht nur den vielen Berufsschüler*innen zugute, die eben beispielsweise von Backnang nach Schorndorf oder von Schorndorf nach Backnang müssen. Die gute und vertaktete halbstündige Verbindung würde allen etwas nützen, u.a. auch dem Wieslaufstal, das dann etwas durch den Verkehr entlastet werden würde. Wir beantragen, dass die aus der Region zurückfließenden, nicht abgerufenen ÖPNV-Mittel in Verbesserungen der ÖPNV-Verbindungen im Rems-Murr-Kreis investiert werden.

Für uns Grüne ist auf den ersten Blick der Investitionsschwerpunkt 'Radwegebau' höchst erfreulich. Bei genauerer Betrachtung erweist er sich leider als eine Mogelpackung. Für diesen Investitionspunkt Kreisstraßensanierung und Radwegebau geplanten 7,5 Millionen sollen gerade einmal 50.000 Euro für den Radwegebau eingesetzt werden. Das ist nicht zukunftsfähig, das ist nicht bedarfsgerecht, das bringt uns unseren Klimaschutzzielen nicht näher! Der Boom beim Pedelec-Verkauf und das gestiegene Gesundheitsbewusstsein beweisen, dass immer mehr Menschen auf eine emissionsarme Fortbewegungsart umsteigen möchten. Voraussetzung dafür sind jedoch sichere, alltagstaugliche und durchgängige Radwege. Was in vielen anderen Bundesländern Standard ist, steckt hierzulande noch in den Anfängen; da können und müssen wir zügig aufholen. Das Landratsamt muss hier die Prioritäten in unseren Augen entsprechend anders setzen. Der Erhalt von Radwegen ist zudem weit günstiger als der Erhalt von Straßen, denn die Radwege werden

nicht mit jährlichen Steigerungsraten beim Schwerverkehr – siehe Haushaltsplan Seite 321 – in Höhe von 20 % belastet. Wir hoffen, Sie Herr Landrat machen sich bei dieser Entwicklung für einen Anteil an der Lkw-Maut stark. Auch wenn ich seit 28 Jahren im Murrtales wohne räume ich einem Remstalschnellradweg vorderste Priorität ein, denn dieser sollte bis zur Remstalgartenschau 2019 fertig sein. Die Remstalgartenschau wird in den Medien besondere Beachtung finden, deshalb muss uns eine positive Berichterstattung, auch und gerade insbesondere in Sachen Beispiel für zukunftsweisende Mobilität wichtig sein, schließlich tragen wir die REMS in unserem Namen.

Uns Grüne treiben aber noch andere Sorgen um.

Klimaschutz und Naturschutz

Auf jedem Weltklimagipfel werden die Zahlen dramatischer: Der CO₂-Ausstoß steigt und steigt. Brutalste Hungerkatastrophen, wärmster Tag, kälteste Aprilnacht, wärmster Monat, höchste Regenmenge pro Quadratmeter, größter Hurrikan, nie dagewesene Überschwemmung – ein Rekord jagt den nächsten. Weder die Kanzlerin noch wir hier im Rems-Murr-Kreis halten die Ziele ein, die wir uns im Klimaschutz gesetzt haben – ich habe es ja schon erwähnt, wir haben da noch einen gültigen Beschluss. Das Klima wandelt sich noch schneller als befürchtet.

Uns erschreckt der dramatische Rückgang an Insekten, uns erschreckt das Verstummen der Vögel. Insekten stehen nur am Beginn der Nahrungskette. Keine Insekten bedeutet nicht nur keine Nahrung für eine Vielzahl von Tieren und eine sauberere Windschutzscheibe. Es bedeutet keine Bestäubung von Pflanzen, kein Obst und Gemüse. Keine Vögel bedeutet nicht nur, keine alternative Geräuschkulisse zum überall präsenten Verkehrslärm, es bedeutet auch keine Verbreitung von Samen über den Vogelkot. Die Ursachen sind weitgehend unstrittig: der Verlust von Lebensraum und die intensive Landwirtschaft mit Überdüngung und unbotmäßigem Einsatz von Insektiziden. Deswegen ist es dringend geboten, die Landwirte dabei zu unterstützen, brachliegende Flächen, Blühstreifen mit einheimischen Pflanzen und Hecken zwischen den Ackerflächen zu erhalten und sogar neu anzulegen. Hier bitten wir die Verwaltung darauf hin zu wirken, dass die Landwirtschaft entsprechende Förderanträge bei der EU stellt, es gibt da nämlich Mittel und dass Landschaftspflegeverträge abgeschlossen werden.

Wir verstehen in diesem Zusammenhang auch nicht, warum das Projekt ECOfit -Umweltschutz in Unternehmen gestrichen worden ist. Auch Landwirtschaft und Industrie können mithelfen, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Wir möchten die Verwaltung daher dringend bitten, diesen Titel beizubehalten. Das Tempo, mit dem die Altlastverdachtsflächen untersucht werden ist ebenfalls zu steigern.

Zum Schluss noch eine kleine Geschichte, wie man es nicht machen sollte.

Energetische Sanierung

Bei der energetischen Sanierung sollten wir künftig keine halben Sachen mehr machen. Wie bei der Sanierung des Kreisschullandheimes Mönchhof. Durch unsere Hartnäckigkeit wurde die Sanierung der Heizung zwar umgesetzt. Allerdings wurde durch die Intervention von AFD und CDU ein alter Ölkessel am Leben gelassen. Damit der alte Ölkessel weiter laufen kann musste der Pelletlagerraum verkleinert werden, damit dort neue Öltanks aufgestellt werden konnten. Durch eine reine Pelletheizung und den Austausch der vorhandenen defekten Sonnenkollektoren hätte man bei gleichem Mitteleinsatz für eine weitere Verbesserung der CO₂ Bilanz gesorgt und ein wirkliches Vorzeigeprojekt geschaffen. Eine vertane Chance für einen besseren Klimaschutz.

Nein, wir geben nicht auf, weder beim Schuldenabbau noch beim CO₂-Ausstoß. Wir wollen wenigstens lokal unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen gerecht werden. Die alternative in der jetzigen durchaus nicht so schlechten Haushaltslage lautet nicht, wie weit sinkt die Kreisumlage. Die Alternative lautet mehr Investitionen und Schuldenabbau, am besten beides. Wir rufen daher die Oberbürgermeister und Bürgermeister*innen auf, wieder zum Konsens der letzten beiden Jahre zurück zu kehren und nicht fünf der mühsam herausgearbeiteten 17,2 Investitionsmillionen für sich zu fordern. Denn auch bei den Kommunen steigen die Einnahmen. Und alle bis jetzt genannten Kreisinvestitionen kommen auch den Kommunen zugute.

Wir unterstützen daher die 35,6 Prozentpunkte und bedanken uns bei der Verwaltung für die gut geleistete Arbeit.“

Kreisrat **Lenk** führt für die **FDP-FW-Fraktion** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
verehrte Kreistagskolleginnen und -kollegen,
verehrte Zuhörer und Gäste,

zunächst freut sich unsere FDP/FW-Fraktion darüber, dass sich die positive Entwicklung der Kreisfinanzen aus den Vorjahren vermutlich auch im Jahr 2018 fortsetzen wird, nachdem uns im Vergleich zum Planansatz ein um 6,6 Mio. € verbessertes Rechnungsergebnis in 2015 und ein Überschuss von 19,7 Mio. € in 2016, die dringend notwendige Luft verschafft hat, um unsere drückenden Altlasten u.a. in Form der noch offenen vorgetragenen Klinikverluste bis Ende 2017 in Höhe von 6,6 Mio. vollständig abzubauen.

Dies war nicht nur das Ergebnis der guten Wirtschaftslage und steigender Einnahmen, sondern auch das Ergebnis einer sparsamen Bewirtschaftung der Haushalts-Mittel und den von Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat, persönlich vorangetriebenen Bemühungen, finanzielle Außenstände des Kreises z.B. im Bereich Bafög und UMAs in Millionenhöhe einzutreiben. Dass wirtschaftliches und sparsames Vorgehen nicht im Widerspruch zu anderen Zielsetzungen steht, sieht man an der Sanierung unseres Schullandheims Mönchhof, wo wir die Sache ein bisschen anders sehen wie Frau Sturm. Dort wurde nämlich anstelle der ursprünglich geplanten 1,4 Mio. € nur 340.000.- € eingesetzt wurden und trotzdem der CO² - Ausstoß um über 80 % verringert werden konnte. Dafür sagt unsere FDP/ Freie-Wähler Fraktion 'Danke' und 'Weiter so !

Beim jetzt eingebrachten Planwerk für 2018 haben wir erstmals wieder das Gefühl, dass sich nach Jahren der Beschränkung auf sparsamste Erfüllung der Pflichtaufgaben und den Damokles-Schwertern 'Krankenhäuser' und 'Flüchtlingsunterbringung' im Nacken, endlich wieder eine gewisse Aufbruchsstimmung breit macht und Gestaltungsspielräume erkennbar werden, was wir auch für dringend notwendig ansehen.

Ein Beleg dafür ist das von der Verwaltung geschnürte Investitionspaket im Umfang von rund 23 Mio. € für die kommenden 3 Jahre. Hier stoßen Sie bei unserer Fraktion in allen drei Bereichen auf offene Türen.

Allerdings möchten wir dafür plädieren, diese drei Schwerpunkte unterschiedlich anzugehen. Sowohl beim 'Sozialen Wohnungsbau' als auch beim 'Breitbandausbau' sehen wir unseren Landkreis bestenfalls als Teampartner in einem Gesamtkonzept.

So ist es sicherlich richtig, in engster Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden zu analysieren, wo und in welchem Umfang Defizite beim Ausbau von Glasfasernetzen und Datenautobahnen bestehen, da die digitale Infrastruktur in der Tat ein ganz wesentliches Kriterium bei der Standortwahl von Unternehmen ist. Allerdings sollten wir uns als Landkreis bei der operativen Beseitigung von Engpässen eher zurückhalten. Unsere Fraktion sieht nämlich hier vorrangig die privaten Anbieter, die Städte und Gemeinden und vor allem den Bund und das Land in der Pflicht.

Ähnliches gilt für die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen. Auch dies ist in erster Linie Aufgabe des Landes, das diesen Bereich vernachlässigt hat. Stattdessen hat man in Form verschärfter Auflagen, fragwürdiger Gesetze wie z.B. der Mietpreisbremse, der Verschärfung der LBO (Stichwort Fahrradabstellplätze) und einem an einzelnen Stellen überzogenen Mietrecht nicht die Mieten, sondern den privaten Mietwohnungsbau 'ausgebremst', ja fast zum Erliegen gebracht. Wir appellieren an Bund und Land hier 'auszumisten' und endlich zusätzliche Fördermittel für die Kommunen bereit zu stellen.

Dass wir als Kreis aber indirekt über unsere Kreisbau mithelfen, den immer bedrohlicher werdenden Mangel an bezahlbaren Wohnungen, der längst die Mittelschicht unserer Gesellschaft erreicht hat, zu beseitigen, halten wir für eine Pflicht, auch im Rahmen der kommunalen Solidarität zwischen Kreis und Kommunen. Insofern tragen wir den eingebrachten Stufenplan mit, der Kreisbau in den nächsten 10 Jahren insgesamt 10 Mio. € zukommen zu lassen in Form zusätzlichen Eigenkapitals oder als Gesellschafterdarlehen.

Nochmals anders sehen wir es beim dritten Bereich des geplanten Investitionsprogramms, dem Straßenbau. Hier sehen wir in der Tat eine Pflichtaufgabe beim Kreis. Dabei geht es in den allermeisten Fällen nicht um Straßenneubau, sondern um überfällige Sanierungen, die umso mehr geboten sind, nachdem sich das Land bei der Sanierung seiner Landesstraßen sträflich zurückhält

und das Heil stattdessen in der wenig seriösen Herabstufung von Landes- in Kreisstraßen sieht, ohne aber die entsprechenden finanziellen Mittel zum Unterhalt mitzugeben.

Auch im Ausbau unserer Radwege sehen wir einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz; außerdem tragen sie zur umweltfreundlichen touristischen Erschließung unseres schönen Landkreises bei.

Dass in diesem Zusammenhang urplötzlich Mittel im Umfang von 7 Mio. € aus Überträgen, falsch kalkulierten Risiken aus einem Rechtsstreit und aus Haushaltsbereinigungen 'ausgegraben' werden konnten, ist zwar erfreulich und lobenswert, legt für unsere Fraktion aber auch die Vermutung nahe, dass in unserem Kreishaushalt auch an anderen Stellen 'Reserven' vorhanden sind, die aufgespürt und dann vor allem auch aufgelöst werden sollten.

Überhaupt hat es sich gelohnt, dass durch den Landratswechsel, durch neue Dezernenten und Amtsleiter, aber auch durch externe Gutachter, einiges im Landratsamt und im Haushalt aus einem neuen Blickwinkel betrachtet und 'genauer hingeschaut' wird. Wir möchten die Verwaltung nicht nur ermuntern, sondern auffordern, dies auch in Zukunft zu tun.

Bei einem genaueren Blick auf die Zahlen des Haushalts 2018 fällt auf, dass der Rems-Murr-Kreis bei der Steuerkraft je Einwohner im Vergleich zu anderen Landkreisen in der Region Stuttgart aufgeholt hat, und der beträchtliche Steuerkraftzuwachs die Verwaltung veranlasst hat, einen um einen auf dann 35,6 %-Punkte gesenkten Kreisumlage-Hebesatz vorzuschlagen, was wir begrüßen.

Auch wenn unsere Fraktion den Themen 'Schuldenabbau' und 'Verringerung des Sanierungsrückstaus', auf die ich noch eingehen werde, große Bedeutung beimisst, sehen wir andererseits die gravierenden Herausforderungen unserer Kreiskommunen z.B. bei der Anschlussunterbringung, bei der Kinderbetreuung oder bei der Sanierung der in die Jahre gekommenen Infrastruktur. Deshalb plädieren wir unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass es u.a. durch die November-Steuerschätzung noch zu nennenswerten Verbesserungen beim vorgelegten HH-Plan 2018 kommt, dafür, den Kreisumlage-Hebesatz um weitere 0,6 auf dann glatte 35 Prozentpunkte zu senken, was wir hiermit zum Antrag erheben. Damit würden bei den Kommunen in diesem Haushaltsjahr mehr als 50 % des Steuerkraftsummenzuwachses belassen. Da wir von der von den Bürgermeistern so hochgelobten, aber völlig unsinnigen 'Fifty-Fifty-Regelung', weil sie einseitig nur die Einnahmen des

Haushalts im Blick hat, noch nie etwas gehalten haben, erscheint uns dieses besondere Entgegenkommen gegenüber den Kreiskommunen, in diesem Haushaltsjahr für vertretbar.

Andererseits ist es natürlich schon ein bisschen ein 'Schmankerl' und sind wir verblüfft, dass auch die bislang davon zutiefst überzeugte Fraktion der Freien in diesem Jahr plötzlich nichts mehr davon wissen will und für die Kommunen einen weit über 50 % hinausgehenden Anteil beansprucht.

Erfreut können wir feststellen, dass bei der Entwicklung der Gesamtschulden des Kreises, die noch vor wenigen Jahren für Ende 2018 auf fast 100 Mio. € prognostiziert wurden, heute für Ende 2018 nur noch 56,1 Mio. € erwartet werden. Ein Betrag, der unter Berücksichtigung des zu erwartenden Überschusses beim Haushalt 2017 von ca. 10 Mio. €, noch unter 50 Mio. € fallen kann.

Was den Sanierungsrückstau angeht, beantragen wir eine Aufstellung der in den letzten 2 Jahren beabsichtigten Baumaßnahmen und zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel sowie eine Gegenüberstellung der von der RMIM tatsächlich umgesetzten Maßnahmen. Unserer FDP/FW – Fraktion ist es ein großes Anliegen, dass mit oberster Priorität die immer noch in großem Umfang nicht umgesetzten energetischen Sanierungen wie z.B. bei den Fassaden unserer Schulzentren, wo wir nicht nur über die Fenster, sondern auch über miserable Fassaden die Umwelt beheizen, mit mehr Tempo vollzogen werden. Diese Sanierungsmaßnahmen werden auch angesichts immer heißer werdender Sommermonate dringend erforderlich, denn wo es im Winter wegen schlechter Isolierung kalt ist, wird es im Sommer unerträglich heiß. Und wenn z.B. in Klassen- und Verwaltungsräumen im Sommer Temperaturen von über 36 °C gemessen werden, fragt man sich schon, ob dies noch zumutbare Arbeitsbedingungen sind. Sollte es entgegen unserer Einschätzung tatsächlich an Geld fehlen, plädiert unsere Fraktion dafür, zusätzliche HH-Mittel dafür bereitzustellen, zumal sich über eingesparte Energiekosten ein großer Teil der eingesetzten Mittel amortisiert.

Überhaupt misst unsere Fraktion dem Klimaschutz eine hohe Bedeutung bei, weshalb wir an alle Kommunen im Kreis appellieren wollen, Mitglied bei unserer Energieagentur zu werden. U.a. könnte dann das mit staatlicher Förderung aufgelegte Programm Klimaschutz, bei dem kommunale Liegenschaften auf CO₂-Einsparungen mit möglichst einfachen und nachhaltigen Maßnahmen untersucht werden, noch deutlich ausgebaut werden.

In diesem Zusammenhang ist es uns auch ein Anliegen, die ÖPNV Nutzung auszuweiten und noch mehr Fahrgäste auf die Schiene zu bringen, damit der Rems-Murr-Kreis seiner Vorbildfunktion gerecht wird. Dazu muss der ÖPNV allerdings komfortabler -Stichwort 'besseres Wagenmaterial', zuverlässiger -Stichwort 'weniger S-Bahn-Verspätungen- und attraktiver -Stichwort 'bessere Anschlussverbindungen der S-Bahnen an die Busse'- werden. Und wir fordern den Verband Region Stuttgart auf, das seit dem ÖPNV-Pakt in seiner Zuständigkeit liegende Thema 'P&R-Plätze' konsequent anzugehen.

Ganz davon abgesehen, dass wir als Rems-Murr-Kreistag nicht für die Einführung eines VVS-Sozialtickets zuständig sind, es uns aber über die Verkehrsumlage in hohem Maße finanziell belasten würde, lehnt unsere Fraktion derzeit die Einführung eines solchen Sozialtickets ab, setzen wir doch als Landkreis schon jetzt über 24 Mio. € jährlich für den ÖPNV ein.

Beim Blick in den Haushaltsplan 2018 fällt weiter auf, dass die Ausgaben der Jugendhilfe und die der Sozialausgaben trotz blühender Hochkonjunktur zu 'einem Fass ohne Boden' werden. So frisst unser Nettosozialaufwand fast die gesamte Kreisumlage auf. Wehe uns, wenn hier einmal schlechtere Zeiten kommen. Umso dringender muss mit Nachdruck an den Bund und das Land appelliert werden, zukünftig das Konnexitätsprinzip konsequent einzuhalten, d.h. beim Beschluss sozialer Wohltaten in Stuttgart und Berlin, die von den Landkreisen umgesetzt und bezahlt werden müssen, dann auch 1:1 das dafür erforderliche Geld mitzuliefern. Jüngstes Beispiel dafür, dass bislang leider nicht so verfahren wird, sind die Neuregelungen zum Unterhaltsvorschuss, die bei uns im Kreis vermutlich Mehrkosten von über 1,2 Mio. € verursachen werden - ein Umstand, gegen den man sich eigentlich juristisch wehren sollte.

Und natürlich müssen wir vom Land einfordern, dass auch für die Jahre 2016 ff eine Spitzabrechnung ohne Wenn und Aber bei der Flüchtlingsunterbringung erfolgt. Ganz und gar nicht akzeptabel ist es für unsere Fraktion, dass im Kreishaushalt 2018 sage und schreibe 9,2 Mio. € für 'nicht abrechnungsfähige Aufwendungen im Asylbereich' veranschlagt sind. Dieser Betrag entspricht 1,6 %-Punkten Kreisumlage; und wird uns vom grün-schwarz regierten Land vorenthalten, oder anders ausgedrückt, letztlich den Kommunen 'aufs Auge gedrückt'.

Lobenswert und respektabel ist es dagegen, dass der Kreis von sich aus globale Minderausgaben bei den Personal- und Sachaufwendungen einplant und sich nach dem 'großen Schluck aus der Pulle' im Jahr 2017 bei den Personalausgaben selbst eine Nullrunde verordnet hat. Und erfreut haben wir beim Gespräch mit dem Personalrat zur Kenntnis genommen, dass sich dieser und die Mitarbeiterschaft insgesamt von der Amtsleitung wertgeschätzt fühlen und im LRA ein gutes Betriebsklima herrscht, was ja auch in Ihrer Haushaltsrede, sehr geehrter Herr Dr. Sigel, mit dem ausgegebenen Motto 'Sparkurs nicht zu Lasten der Mitarbeiter' zum Ausdruck gekommen ist. Das Prinzip, dass man nicht nur bei den Indianern, sondern auch bei den Häuptlingen sparen sollte, haben Sie umgesetzt, indem eine Dezernentenstelle nicht wiederbesetzt wird und das Sekretariat des Landrats mit dem des Ersten Landesbeamten zusammengelegt worden ist.

Diesen offenen Dialog mit den Mitarbeitern gilt es auch bei der Umsetzung des Immobilienkonzepts für Waiblingen zu pflegen, sei es bei der Planung der neuen Verwaltungsräume als auch bei der Umsetzung, die ja vermutlich zum Teil 'am offenen Herzen', d.h. in Teilabschnitten z.T. im laufenden Betrieb, vorgenommen werden. Das Konzept und die dafür im HH und in der Finanzplanung eingestellten Mittel trägt unsere Fraktion mit.

Auch wenn unsere Kreiskliniken hinsichtlich der medizinischen und pflegerischen Qualität auf einem guten Weg sind und es erfreulich ist, dass das Land die 'Zweistandortlösung' in unserem Medizin-konzept mit Winnenden und Schorndorf mitträgt, bleibt die für 2018 auf 21,6 Mio. € prognostizierte Zuweisung aus dem Kreishaushalt immer noch deutlich über den von Ihnen und uns, sehr geehrter Herr Landrat, als noch vertretbare Obergrenze angesehenen 2 % der Kreisumlage. Das wäre ein Betrag von 11,67 Mio. €. In dem Bemühen zur Defizitverringerung dürfen wir nicht nachlassen, wenn wir uns dauerhaft den von mir erwähnten Gestaltungsspielraum im Kreishaushalt bewahren wollen. Insofern tragen wir den eingeschlagenen Sanierungs- und Konsolidierungsprozess mit. Allerdings möchte ich an dieser Stelle auch keinen Hehl daraus machen, dass unsere Fraktion an dem Ziel festhält, mittelfristig wieder eine eigene kommunale Geschäftsführung bei den Kliniken anzustreben.

Die 'Sicherung von Qualität, aber auch von Quantität' muss auch die Devise bei unseren Schulen im Kreis sein. So muss u.a. der Ausbau der Verkabelung und Vernetzung angesichts der 'digitalen Schule von morgen' konsequent vorangetrieben werden. Bei der Schulentwicklung müssen wir auf

den Erhalt unserer bewährten Bildungsgänge, aber auch auf die Einrichtung neuer Schularten beharren, damit uns nicht mittelfristig die wie Pilze aus dem Boden schießenden beruflichen Privatschulen die 'Butter vom Brot nehmen'. Dabei gilt es Parallelstrukturen zu vermeiden, aber auch darauf zu pochen, dass spezielle Bildungsgänge im Rems-Murr-Kreis und nicht nur in der Landeshauptstadt eingerichtet werden. Ich bleibe für unsere Fraktion bei dem Anspruch, dass wir als Landkreis die 'Nr. 1 in Sachen beruflicher Bildung' bleiben müssen.

Nach der letzten Kreistagssitzung wird die AWG bald Geschichte sein. Sie wird eine Erfolgsgeschichte sein und so in die Bücher eingehen. Wir hoffen darauf, dass auch in der neuen Organisationsform unsere Spitzenpositionen in Sachen Kosten und Gebühren, Angebotsleistungen und Umweltfreundlichkeit gewahrt bleiben und werden darauf achten, dass das auch so bleibt.

Zum Schluss möchte ich namens unserer FDP / Freie Wähler - Fraktion noch einige Prüfanträge stellen:

- Unsere Fraktion bittet darum zu prüfen, inwieweit die in Sachen ÖPNV an die Stadt Stuttgart geleisteten, damals zwischen OB Rommel und dem Umland ausgehandelten Ausgleichszahlungen nach 40 Jahren noch zeitgemäß und vertretbar sind.
- Des Weiteren bitten wir auch unter Wirtschaftlichkeits-Gesichtspunkten zu prüfen, ob das 'Wiesel' zukünftig nicht nur an den Werktagen, sondern auch am Wochenende, also an 7 Tagen, fahren kann. Das wäre ein toller Service für die Bürger, aber auch ein Beitrag zum Klimaschutz.

Abschließend möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreisverwaltung und der im Kreiseigentum befindlichen Gesellschaften für ihre engagierte Arbeit danken. Stellvertretend nenne ich unseren Kreiskämmerer Frank Geißler und Frau Angelika Kugler aus dem Kämmereramt.

Besonders danken wir unserem gleichermaßen dynamischen, zupackenden, aber auch besonnen und klug agierenden Landrat Dr. Richard Sigel, der in den zwei Jahren seiner Amtszeit schon viele neue Akzente gesetzt hat. Vor allem hat auch er einen 'Klimawandel im übertragenen Sinne'

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 13.11.2017

Seite 19

Öffentlich

vollbracht, als dass das 'Kleinklima im LRA' zu stimmen scheint, obwohl er das eine oder andere heiße Eisen und Neustrukturierungen angepackt hat. Nicht zuletzt danken wir Ihnen auch dafür, dass Sie einen offenen und vertrauensvollen Umgang mit den Kreisgremien pflegen.

Ihnen allen danke ich für die mir entgegengebrachte Aufmerksamkeit und wünsche uns gute weitere Haushaltsberatungen.“

Kreisrat **Sczuka** nimmt für die **CDU-Fraktion** wie folgt Stellung:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
werte Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreistag,
liebe Bürgerinnen und Bürger aus dem Rems-Murr-Kreis
und werte Vertreter der Presse

um die Zukunft gut und richtig gestalten zu können ist es zunächst wichtig, heute am Weltnettigkeitstag, einen kleinen Rückblick zu wagen und was aus den Anträgen der CDU-Kreistagsfraktion aus der Vergangenheit geworden ist:

Es ging in den vergangenen Jahren immer um eine Veränderung des Hebesatzes im Wesentlichen bei der Kreisumlage. Hier war die Kreistagsfraktion der CDU immer in einer führenden Rolle auf Grund der Größe der Fraktion.

Was ist festzustellen:

Trotz Hebesatzsenkungen in der Vergangenheit wurden immer wieder viel bessere Jahresergebnisse erzielt als zunächst angenommen.

Sachanträge der letzten Jahre:

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 13.11.2017

Seite 20

Öffentlich

2014

Wollten wir den Ansatz bei der tiefergehenden Sanierung der Kreisstraßen um 800.000 EUR erhöhen.

Was ist festzustellen:

Wir fanden damals hier im Kreistag leider keine Mehrheit. Umso mehr freut es uns, dass dies nun von der Kreisverwaltung und auch von den anderen Fraktionen offenbar unterstützt wird und hier ordentliche Beträge, in den nächsten drei Jahren, 18 Mio. EUR, zur Verfügung gestellt werden.

2015

Anträge auf Erhöhung des Ansatzes bei der Grunderwerbsteuer, sowie Kürzung der Personal- und Sachausgaben.

Was ist festzustellen:

Diese Reduzierung hat sich bewährt und findet nun auch im Haushalt 2018 wieder von der Kreisverwaltung Einfluss, deswegen brauchen wir hier nicht nachjustieren.

Reduzierung Ansatz Klimaschutzkonzept um 150.000 EUR auf damals rd.320.000 EUR.

Was ist festzustellen nach dem Jahr 2015:

Es lag nicht an dieser Einsparung, dass die Ziele des Klimaschutzkonzeptes nicht erreicht werden konnten, wie ausführlich in den Ausschussgremien dargestellt und festgestellt wurde. Vielmehr ist festzustellen:

Es liegt nunmehr ausführliches Datenmaterial vor und die CDU-Kreistagsfraktion sieht sich bestärkt, Umweltschutz praktisch in konkreten Projekten umzusetzen und nicht in bunten Broschüren.

Antrag auf Reduzierung des Ansatzes beim Sanierungsrückstau durch die Kreisbau um 1 Mio. EUR war damals auch noch ein Thema.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 13.11.2017

Seite 21

Öffentlich

Was ist festzustellen:

In schwierigen Zeiten eine nicht einfache Entscheidung, aber diese war damals notwendig. Dennoch konnten durch bessere Rechnungsergebnisse beim Abbau von Sanierungsrückstau Erfolge erzielt werden, was nachhaltig durch uns unterstützt wird.

2016

Antrag auf Reduzierung des vorgesehenen Umfangs bei der Sanierung des Schullandheims Mönchhof.

Was ist festzustellen:

Nach zunächst heftigen Vorwürfen von allen Seiten an die CDU-Kreistagsfraktion war dies der genau richtige und zielführende Weg, um klimaschützende Umbaumaßnahmen in einem sinnvollen Rahmen unter Ausnutzung von Fördermitteln umzusetzen. Die CDU-Kreistagsfraktion bedankt sich an dieser Stelle noch einmal bei den anderen Fraktionen für das Einlenken in dieser Sache.

2016:

Die CDU-Kreistagsfraktion sieht als größte Herausforderung die Verschuldung des Kreises und die medizinische Versorgung des Kreises bei der Gesundheitsversorgung. Somit wurde der Antrag gestellt, die entstehenden Überschüsse der Jahren 2014 bis 2016 in den Abbau der entstandenen Jahresfehlbeträge bei den Rems-Murr-Kliniken gGmbH zu verwenden.

Was ist festzustellen:

In den letzten Jahren konnte hier eine deutliche Entlastung der Altlasten bei den Kliniken erfolgen und die positiven Jahresergebnisse wurden so verwendet, um eine steigende Verschuldung nicht entstehen zu lassen. Stattdessen wurden in den vergangenen Jahren kontinuierlich Schulden zurückgeführt. Das deckt sich mit der Feststellung der Freien Wähler, da wurde ja gesagt 4,4 % Kreisumlage, gut wenn wir das im letzten Jahr nicht gemacht hätten, dann hätten wir es jetzt 2018, nämlich die Abdeckung der Fehlbeträge.

Sämtliche Freiwilligkeitsleistungen und nicht nur die auf Seite 667 im Haushalt müssen auf den Prüfstand, das war damals der Antrag, auch die Arbeitskreise und –gruppen und andere Freiwilligkeitsleistungen.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 13.11.2017

Seite 22

Öffentlich

Was ist festzustellen:

Nicht nur im Hinblick auf die Kostensituation wurde nun eine umgehende Überprüfung der Arbeitskreise und Kommissionen vorgenommen. Mit der Veränderung wird aber auch erreicht, dass die Transparenz von Entscheidungen für die Öffentlichkeit größer wird. Erfreulich ist unserer Ansicht nach, die Entwicklung der Arbeit im Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses ganz aktuell. Dank an dieser Stelle an Herrn Gläss und das gesamte Team im Bereich des Jugendamtes.

Die CDU-Kreistagsfraktion hat die Erstellung eines Gesamtkonzepts für die kreiseigenen Liegenschaften im Jahr 2016 beantragt, bei dem der Sanierungsrückstau, der seitherige Abbau und sämtliche Liegenschaften erfasst sind. Es wurde auch damit begründet, dass seither nirgends die Problematik der Tiefgarage beim Verwaltungsgebäude am Alten Postplatz in Waiblingen erfasst wurde.

Was ist festzustellen:

Die Kreisverwaltung erstellt nun ein Gesamtimmobilienkonzept mit allen Beteiligten und den Kreisgremien und wir sind auf einem guten Weg.

2017

Die CDU-Kreistagsfraktion hat die Erarbeitung eines sinnvollen Fuhrparkkonzepts im Hinblick auf den optimalen Betriebsmitteleinsatz von Dienstwagen des Landkreises auf der einen Seite und Nutzung von privaten PKW der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der anderen Seite beantragt, auch unter den Aspekten des Klimaschutzkonzepts.

Was ist festzustellen:

Die Kreisverwaltung ist in der Umsetzung und wird im Frühjahr 2018 die Ergebnisse vorlegen.

Beantragt wurde auch die Berichterstattung über die Auswirkungen der Einführung des 15-Min-Taktes bei der S-Bahn im VVS-Gebiet und die Auswirkungen auf die Anschlüsse an den S-Bahn-Stationen im Rems-Murr-Kreis.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 13.11.2017

Seite 23

Öffentlich

Was ist festzustellen:

Hier erwarten wir noch Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen, evtl. im Rahmen der Umsetzung der neuen Linienbündel.

Weiter hat die CDU-Kreistagsfraktion beantragt, auch künftig die sogenannte '50:50-Regelung' darzustellen.

Was ist festzustellen:

Die Kreisverwaltung hat hier Wort gehalten und wir danken an dieser Stelle ausdrücklich Herrn Landrat Dr. Richard Sigel für die zuverlässige und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Die CDU-Kreistagsfraktion fühlt sich bei der Umsetzung ihrer Themen bestärkt und auf dem richtigen Weg zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger des Rems-Murr-Kreises.

Dies zeigt auch der letzte Antrag aus dem Jahr 2017, die weiteren Verbesserungen zur Schuldentilgung einzusetzen.

Was ist festzustellen:

Die Schulden des Rems-Murr-Kreises wurden kontinuierlich in den letzten Jahren, wenn auch nur minimal, so doch spürbar zurückgeführt.

Dies lässt mich nun ideal überleiten zum Haushaltsplanentwurf 2018, zu dem ich die wichtigsten Themenfelder und die Sicht der CDU-Kreistagsfraktion beleuchten will.

Rems-Murr-Kliniken

Die stelle ich bewusst an den Beginn der Ausführungen zum Kreishaushalt 2018, da diese auch die weiteren künftigen Jahre sehr deutlich bestimmten werden. Die CDU-Kreistagsfraktion ist über die operative Entwicklung in den beiden Klinikstandorten Winnenden und Schorndorf sehr glücklich, obwohl hier monetär immer noch immense Kosten auflaufen. Hier werden wir dauerhaft nur eine von allen Beteiligten mitgetragene Lösung erzielen, wenn wir einen 'Pakt für die medizinische Versorgung im Rems-Murr-Kreis' schließen.

Wir beantragen deshalb, diesen Schritt zu gehen.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 13.11.2017

Seite 24

Öffentlich

Was bedeutet dies konkret:

Wir ermuntern Herrn Landrat Dr. Richard Sigel, neben den Gesprächen mit dem Sozialministerium Baden-Württemberg und den Initiativen auf Bundesebene zur Verbesserung der Pflegesituation in den Kliniken in Deutschland, die Gespräche mit den Städten und Gemeinden im Rems-Murr-Kreis aufzunehmen. Wir werden für die Zukunft nicht umhin kommen, um eine Schuldenrückführung und Defizitabdeckung gemeinsam zu tragen, hier einen Austausch untereinander zu pflegen.

Dank auch an dieser Stelle an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Pflege und Gesundheit in unseren Kliniken für deren Einsatz.

So wie immer dargestellt wird, welche Sozillasten im Kreishaushalt für die Menschen im Rems-Murr-Kreis ausgegeben werden, wie viele Kosten der ÖPNV durch den Rems-Murr-Kreis für alle Städte und Gemeinden erbracht werden, so sollten wir es schaffen, die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Schulterschluss mit den Städten und Gemeinden zu sichern. Denn wir alle wollen die gute medizinische Versorgung hier vor Ort in den sehr gut aufgestellten Häusern in unserem Klinikverbund Winnenden – Schorndorf.

Dies führt zu einem weiteren wichtigen Bereich, den Schulden des Rems-Murr-Kreises.

Wir müssen konsequent diese weiter abbauen und alle Spielräume nutzen, die dies ermöglichen. Dies bedeutet aber auch, gerade in den nun wirtschaftlich guten Zeiten nicht das Geld für freiwillige Leistungen für die Zukunft auszugeben, sondern genau die nachfolgende Generation zu entlasten durch Aufgaben, die wir bereits übernommen haben. Das sind wir unseren Kindern, Enkeln und Nachkommen schuldig, nicht die vermeintliche Verteilung von Wohltaten, die die nachfolgenden Generationen abtragen werden müssen.

Bestes Beispiel für die CDU-Kreistagsfraktion ist hier beim ÖPNV das Sozialticket. Wir unterstützen hier vollumfänglich die Stellung der Kreisverwaltung und sehen nicht nur, dass der empfangsberechtigte Personenkreis für den öffentlichen Personennahverkehr bereits in den Leistungssätzen Geld hierfür bekommt, sondern auch eine in sich verschärfende soziale Diskrepanz in den unteren Lohngruppen und dem Personenkreis, der ohnehin nicht viel verdient und dem Personenkreis, der keiner geregelten Arbeit nachgeht. Wichtiger wäre die Verbesserung des ÖPNV zu unterstützen in

der regionalen Zusammenarbeit. Die Taktung und Verlässlichkeit des ÖPNV-Verkehrs im Auge zu behalten und eine neue Tarifstruktur zu unterstützen nach Fertigstellung des weiter wichtigen Projekts Stuttgart 21. Interessant wird dabei die Situation der neu auszuschreibenden Linienbündel und die Busanbindungen innerhalb des Rems-Murr-Kreises. Die CDU-Kreistagsfraktion unterstützt auch die Einbeziehung des Landkreises Göppingen in den VVS-Gemeinschaftstarif und wir bitten eindringlich darum, hier eine konsensuale Lösung zu finden.

Die Kreisstraßen und die in der Unterhaltungslast des Landkreises liegenden Landesstraßen sind ein weiteres Anliegen der CDU-Kreistagsfraktion. Wir werden auch weiterhin neben dem ÖPNV, nicht nur alles im ÖPNV ist gut, wir brauchen ein gutes Straßennetz, wir brauchen neben dem ÖPNV ein gut ausgebautes und erhaltenes Straßennetz wir benötigen und unterstützen deshalb gerne die Initiative von Herrn Landrat Dr. Richard Sigel, in den nächsten 3 Jahren rund 18 Mio. EUR hierfür zu investieren. Wer über unsere Landesstraßen in der unterhaltungslast des Kreises und über die Kreisstraßen derletzt gefahren ist, weiß wovon ich spreche. Dies kommt unserem damaligen Antrag aus dem Jahr 2014 entgegen und wir hoffen, hier nun Unterstützung der anderen Fraktionen zu erhalten.

Keiner Antragstellung unsererseits bedarf es in diesem Jahr beim Personal und bei den Sachkosten. Wir danken hier der Kreisverwaltung, dass der Haushaltsansatz ohne Steigerung in der nominalen Höhe vorgenommen wird und dass die globalen Minderaufwendungen bei den Personal- und Sachkosten die Kreisverwaltung wieder erwirtschaften will. Das schafft Vertrauen in der Zusammenarbeit und wir haben dieses Vertrauen, dass maßvoll mit den Haushaltsansätzen umgegangen wird. Wir danken an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises für ihren Einsatz zum Wohle der Kreisbevölkerung und wir bleiben gerne auch wie bisher mit dem Personalrat hier im Austausch und im Gespräch.

Die Berufsschulen werden neue Herausforderungen erhalten: die Zukunft wird digitaler und auch die Ausstattung an den Berufsschulen muss dem Rechnung tragen. Hier bitten wir die Kreisverwaltung im Jahr 2018 zu berichten, ob und welche Investitionen in den nächsten Jahren auf den Rems-Murr-Kreis als Schulträger zukommen.

Hierzu zählt auch der Breitbandausbau im Rems-Murr-Kreis. Mittel sind bereitgestellt und hier sollte in Zusammenarbeit mit den anderen Landkreisen und dem Verband Region Stuttgart zielführend das sogenannte Backbone-Netz aufgebaut werden, um allen Haushalten im Kreis eine gute Breitbandanbindung in der Zukunft zu gewährleisten. Und dies heißt für die CDU-Kreistagsfraktion nicht vectoring, sondern da sind wir uns mit den Freien Wählern einig, Glasfaser ans Haus.

Erstmals seit vielen Jahren steigen im Rems-Murr-Kreis die Abfallgebühren. Dennoch liegen wir weiter sehr gut im landesweiten Durchschnitt und auch der Schritt in Richtung Anstalt des öffentlichen Rechts ist der Richtige. Hier gilt es nun sehr genau zu beobachten, wie sich die Abläufe in der neuen Organisationsform entwickeln und wir unterstützen diesen Weg.

Bei den Kosten für die Flüchtlingsunterbringung sind wir dankbar, dass mittlerweile Abschlagszahlungen des Landes vorliegen und wir sind immer noch der Auffassung, dass es sich hierbei nicht um eine kommunale Aufgabe, sondern um eine staatliche Aufgabe handelt. Dies wird uns auch noch in Zukunft sehr beschäftigen, und derzeit scheint durch die Anschlussunterbringung auch wieder in den Städten und Gemeinden die Thematik sehr ins Blickfeld zu rücken. Gut ist hierbei die Kommunikation mit den Städten und Gemeinden und wir danken ausdrücklich Herrn Landrat Dr. Richard Sigel für die pragmatische Umsetzung des Pakts für Integration im laufenden Jahr 2017.

Wie bereits bei der letzten Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses beantragt stellen wir nun formal den Antrag, eine Übersicht über den Abbau beim Sanierungsrückstau durch die Kreisbaugesellschaft zu geben. Dies deckt sich dann mit dem Antrag der FDP-FW Fraktion. In den vergangenen Jahren wurden hier vermehrt Mittel durch den Kreis eingesetzt, auf Grund von Alter und Zustand der Liegenschaften gehen wir aber davon aus, so wie uns auch damals die Antwort von Herrn Braune im Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss gegeben wurde, dass weitere Sanierungsmaßnahmen in der Zwischenzeit erforderlich sind. Hier sollte für die weitere Arbeit eine genaue Zusammenstellung vorliegen haben, welche Arbeiten in den nächsten Jahren anstehen.

Denn in der Zukunft wird es so sein, dass der Tag kommen wird, an dem wir uns zwangsweise an die Kernthemen des Kreises halten müssen. Wir erachten deshalb den Vorschlag der Verwaltung, den Hebesatz auf 35,6 v.H. anzusetzen als ausgewogen und wir sind sicher, dass auch dies wieder Spielräume zulässt, bei besserem Ergebnis Schulden zurückzuführen oder auch Sanierungsstau

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 13.11.2017

Seite 27

Öffentlich

konsequent abzubauen, das ist nichts anderes als Schuldenabbau und wird von uns unterstützt. Wir gehen davon aus, dass durch die Novembersteuerschätzung hier uns weitere Vorschläge der Verwaltung von Herrn Landrat noch vorgelegt werden bis zur endgültigen Beschlussfassung im Kreistag und wir werden auch hier gerne dieses dann aufgreifen. Der Sozillastenausgleich des Jahres wurde uns ja schon mitgeteilt, es gibt ein neues Defizit von weiteren 3 Mio. EUR. Bei der Novembersteuerschätzung, wird jetzt gerade von Herrn Geißler mit spitzer Feder gerechnet, was rauskommt und dann im Dezember werden wir sehen, bei welchem Hebesatz wird landen. Herr Landrat hat uns hier zugesagt, dass er uns bei Änderungen einen Vorschlag unterbreiten wird.

Wir danken Herrn Geißler und Frau Kugler mit allen, die an der Aufstellung des Haushalts beteiligt waren.

Ganz besonderer Dank an Herrn Landrat Dr. Sigel, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch in den Beteiligungsunternehmen AWG, Klink gGmbH, Kreisbaugruppe.

Wir wünschen den Beratungen in den Ausschüssen nun gutes Gelingen und heute noch einen angenehmen Nachmittag am Weltneftigkeitstag.“

Kreisrat **Kaufmann** legt für die **SPD-Fraktion** dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

unter den Prämissen ‘transparent, vorausschauend und wirtschaftlich’ wurde uns der Haushalt 2018 vorgelegt. Und ja: Wir teilen die Auffassung von Ihnen, Herr Dr. Sigel, dass genau hingesehen werden muss, für was wir Geld ausgeben. Aber dabei müssen wir bedenken, wessen Geld wir ausgeben und wie dieses unserer Lebensqualität im Kreis – also unserer Bürgerschaft hier zu Gute kommt.

Wenngleich die finanzielle Situation ob einer enormen Wirtschaftskraft offensichtlich besser denn je erscheint, stehen wir weiterhin nicht nur vor großen Herausforderungen. Denn die steigenden Sozialabgaben des Kreises aber auch das weiterhin hohe Klinikdefizit schließt einerseits unseren Handlungsspielraum, nach wie vor, stark ein – aber andererseits lässt diese Situation nicht darauf schließen, dass uns ein Schuldenabbau künftig, nach wie vor, gelingen wird. Wir stehen insbesondere vor Entscheidungen, wie unsere derzeitige Finanzkraft mit Blick auf eine gute Zukunft verwendet werden kann. Auch mit aktuellem Schreiben vom 9.11.2017 wo eine aktuelle Entwicklung zum HH-Entwurf mit einer Deckungslücke von nunmehr rd. 2,5 Mio. EUR eingetreten ist, sind wir der Auffassung, dass es sehr wohl noch Korrekturen im Rahmen der Haushaltsberatung und im Rahmen der Haushaltsplanung geben muss, damit aus unserer Sicht alle im Rems-Murr-Kreis lebenden Menschen sich weitergehend wiederfinden. Im Einzelnen:

Klimaschutz ist ein zentrales Thema. Dabei darf zunächst die Frage erlaubt sein, wieso denn auf einmal im Rahmen der Koalitionsverhandlungen anders dieses Thema gesehen wird? Immerhin haben Teile von CDU und FDP bereits sich mit dem Ausstieg aus dem Kohleabbau anfreunden können, wodurch nun auch die Klimaschutzziele der Bundesregierung in weitere Ferne gerückt wären. Warum ist das denn gerade hier im Kreis erwähnenswert? Auch wir meine Damen und Herren, auch wir werden unser gestecktes Ziel 2025 der CO₂-Reduzierung nicht erreichen. Die Maßnahmen, die wir ergriffen haben werden eben nicht ausreichen, zumal die Bilanz bei Verkehr und Haushalten sich in den letzten Jahren noch verschlechtert hat. Insofern müssen wir, und es sind weitere Verbesserungen und Anstrengungen von ÖPNV sowie energetischen Sanierung von kreiseigenen Immobilien notwendig. Mit Blick auf den ÖPNV müssen wir, nicht nur wollen, wir müssen einen

Beitrag leisten, wie wir ihn sowohl auf der Straße wie auch auf der Schiene weiter verbessern und attraktiver gestalten können. Eigentlich gehen die Diskussionen um den Antrieb beim Auto in die falsche Richtung. Unser Problem im Ballungsraum ist das Auto selbst. Es sind viel zu viele auf der Straße, auch und gerade weil der ÖPNV eben nicht funktioniert, meine Damen und Herren. Wir stehen zum Programm der Straßensanierungsmaßnahmen auf der einen Seite, wir wollen aber viel mehr Mittel haben um ÖPNV in eine zukunftsfähige tragfähige Konzeption zu führen; wir müssen investieren meine Damen und Herren. Wir beantragen daher

- a) Aus den zurückfließenden Mitteln des Verbandes Region Stuttgart sollen in 2018 und 2019 jeweils 250.000 EUR für Maßnahmen im ÖPNV eingestellt werden. Es wird eine Untersuchung über die aktuelle Situation des ÖPNV im Rems-Murr-Kreis mit dem Ziel der Verbesserung von Taktzeiten und der Vernetzung zwischen Bahn- und Bussystem beantragt. Außerdem beantragen wir, die Einführung von Bürgerbussen besonders im ländlichen Raum, meine Damen und Herren, unter der Maßgabe kommunaler Eigenfinanzierung der betreffenden Kommune finanziell bis zu einem vom Ausschuss festzulegenden Höchstbetrag auf zwei Jahre zu fördern. Darauf meine Damen und Herren, darauf warten auch Kommunen, gerade im ländlichen Raum, dass hier ein Partner aufsteht, das kann der Kreis durchaus leisten.

Die vorgesehenen Mittel für die Straßensanierungen sollen beibehalten werden und aus Haushaltsmitteln und den restlichen 0,67 Mio. EUR aus den Rückzahlungen des Verbandes Region Stuttgart ebenfalls finanziert werden.

- b) Um beim Thema Straßen zu bleiben: Hinsichtlich unserer Sicherheit aber auch unserer Gesundheit zum Thema Lärmschutz beantragen wir, die Überwachungsfrequenz der Geschwindigkeiten auf Kreis- und Bundesstraßen durch den Kreis zu erhöhen. Weiterhin soll die Forderung der Kommunen an der B29 und B14 nach Geschwindigkeitsreduzierungen vom Landkreis auch unterstützt werden.
- c) Zum Thema Sanierungsrückstau, zum Thema energetische Sanierung, um den Rückstau bei der energetischen Sanierung der Kreisimmobilien stärker zu reduzieren, dass beantragen wir ebenfalls, um das zu erreichen, schlagen wir einen zusätzlichen Mitteleinsatz von 500.000 EUR für das Jahr 2018 vor.

Meine Damen und Herren,

Rekordbeschäftigung und gute Konjunktur spülen in den kommenden Jahren mehr Steuern in die Staatskassen als bisher erwartet. Der Bund kann bis 2021 mit rd. 19,5 Mrd. EUR mehr rechnen. Es werden allerdings entsprechende Entlastungspakete ja schon geschnürt und wir profitieren ja davon was der Bund macht. Aber auch die Länder meine Damen und Herren, auch die Länder profitieren

von der guten Konjunkturlage und nun wäre der richtige Zeitpunkt, das richtige Signal, den Kreisen und den Kommunen auch mal die inzwischen gestiegene Aufgabendichte abzunehmen; in Form von finanzieller Unterstützung. Nämlich die Kreise und Kommunen bewegen sich nach wie vor am Rande, wir haben es aus Remshalden gehört, am Rande des finanziell möglichen. Stattdessen aber, das wundert uns ja sehr wohl, hat der Landtag mit den Stimmen von Grüne und CDU eben Beschlossen, die Vorwegentnahme im kommunalen Finanzausgleichsgesetz erstmals wieder seit Jahren deutlich erhöht. In einer Stadt mit 10.000 Einwohnern geht es um eine jährliche Kürzung von rd. 300.000 EUR, also in 10 Jahren 3 Mio. EUR, was sind 10 Jahre, meine Damen und Herren, wenn man in die Zukunft blickt! Warum spreche ich diese Tatsache ebenfalls hier an? Es ist ja Ländersache im Grunde genommen, nein, das Land bringt einerseits kein eigenes finanzielles Entgegenkommen aufgrund der sehr guten Konjunkturlage es wirtschaftet in die eigene Tasche. Daher lässt es den Kreis, uns, mit unseren Aufgaben und damit auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Regen stehen. Wir brauchen nämlich viel mehr Fachpersonal, um diese Aufgaben zu bewältigen und das Fachpersonal meine Damen und Herren, das müssen wir rekrutieren. Deshalb beantragen wir, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Personalratsgremien eine Strategie zur Personalgewinnung entwickelt.

An dieser Stelle nutze ich gerne die Gelegenheit, mich auch im Namen unserer Fraktion, der SPD-Fraktion, aber auch ganz persönlich Ihnen, lieber Herr Geißler, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die arbeitsintensive Aufstellung dieses Haushaltsplanes/Entwurfes aber auch für die gute Zusammenarbeit zu bedanken. Ebenfalls an dieser Stelle möchte ich danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreises sowie aller dazugehörenden Dienststellen, allen voran ihnen Herr Landrat Dr. Richard Sigel, für das große Engagement und die Motivation bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben, die unser Kreis nach wie vor auch hat.

Und meine Damen und Herren, was die Unterstützung des Landes betrifft so erwarten wir, wie auch im Vorjahr, dass das Land eben mal seine Verantwortung auch hinsichtlich der Integration von Flüchtlingen sich stellt und die Kosten des Landkreises entsprechend aber auch erstattet. Da der Kreis mit Ausgaben in Millionenhöhe in Vorleistung gegangen ist, kann von einem Damoklesschwert, was über den Haushalt hängt, gesprochen werden. Wenn das Land nicht seiner Verantwortung nachkommt, werden nicht nur unsere Schulden weiter ansteigen, es können dann auch

nicht wichtige Aufgaben für unsere Kommunen erfüllt werden, weil es geht auch um die Festsetzung unserer Kreisumlage.

Wie angesprochen, ist das Defizit der Rems-Murr-Kliniken nach wie vor sehr hoch. Auch wenn von einer Reduzierung der Zuweisung an die Rems-Murr-Kliniken gesprochen haben und es hier gesprochen wird, ist es doch interessant, wie sich die Zuschüsse seit 2006 entwickelt haben (S. 44 HH). In sieben Jahren meine Damen und Herren, in sieben Jahren 2006 bis 2012 haben die Zuschüsse vom Kreis an die Rems-Murr-Kliniken 61,2 Mio. Euro kumuliert betragen. 61,2 Mio. EUR. In den letzten fünf Jahren, seit 2013, 131,3 Mio. EUR. Darin steckt eine Botschaft meine Damen und Herren, nämlich, dass Entscheidungen 'transparent, vorausschauend und wirtschaftlich' zu treffen sind, in allen Bereichen die wir machen müssen. Aus dieser Sicht ist daher unsere beschlossene Strategie, auch die Klinik Schorndorf weiterzuentwickeln, der richtige Weg.

Der richtige Weg ist auch der unserer Kreisbaugruppe mit Blick auf bezahlbarem Wohnraum. Über 800 bezahlbare Wohnungen sind ein Ausdruck meine Damen und Herren, das haben wir jetzt vorzuweisen. Aber diese Anzahl, das haben wir ja festgestellt, diese Anzahl von 800 Wohnungen reichen bei weitem nicht aus, so dass wir hier noch viel viel stärker agieren müssen. Der unverzügliche Bau von zukunftsweisendem, d. h. ökologischem und bezahlbarem Wohnraum, muss nach wie vor unser Ziel sein. Allerdings dürfen wir die Leistungsfähigkeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisbaugruppe nicht überstrapazieren. Leistung und Umsetzung müssen in einem austarierten Verhältnis zueinander stehen; ansonsten steht alles.

Wichtig meine Damen und Herren, wichtig, das haben wir auch gehört, ist der Ausbau des Glasfasernetzes. Aber, seien sie auf der Hut und lassen sie sich nicht erklären, dass durch ein Backbonenetz jeder Haushalt einen Glasanschluss bekommen wird vor Ort. Das Backbonenetz geht Drumherum und jede Kommune muss selbst dafür Sorge tragen, dass es in den Haushalt rein kommt und da sind noch Milliarden Euro zu verbuddeln, das kann der Kreis nicht leisten meine Damen und Herren. Sind sie so nett und schauen mal etwas dahinter, was die CDU da gerade gesagt hat, dass stimmt nicht ganz, dass es bis ins Haus geht was wir machen. Geschwindigkeiten mit bis zu 100 mB/sek. hören sich nun mal schnell an sind aber in einem privaten Haushalt mit mehreren Endgeräten und TV-Streaming schnell ausgeschöpft; wer Kinder hat, kann das bestimmt erkennen. Von unseren Unternehmen, die ebenfalls auf hohe Bandbreiten benötigen und darauf angewiesen

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 13.11.2017

Seite 32

Öffentlich

sind, ganz zu schweigen. Der Zukunft, da sind wir uns einig, gehört nun mal dem Glasfaserausbau, nur damit kann die Digitalisierung auch gelingen und vor allem dinge unser Wirtschaftsstandort gerecht werden.

Eingangs erwähnt hatte ich die Nachricht der Verwaltung, dass nun eine höhere Deckungslücke von rd. 2,5 Mio. EUR ausgewiesen werden muss. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Schuldenbelastung des Kreises und der vielfältigen Aufgaben sehen wir für eine Diskussion über den seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Kreisumlagehebesatz von 35,6 % keinen Raum meine Damen und Herren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

in den kommenden Wochen blicken wir auf eine zwischen den Fraktionen in gewohnter Weise angenehme aber auch sachorientierte Haushaltsdebatte. Natürlich wird der Haushalt des Landkreises überwiegend durch Aufgaben des übertragenden Wirkungskreises geprägt. Natürlich auch, sind auch Gestaltungsspielräume vorhanden, welche objektiv und überfraktionell im Kreistag wahrgenommen werden müssen, meine Damen und Herren. Transparent, vorausschauend und wirtschaftlich, denn das wird von unserer Bürgerschaft erwartet.

Herzlichen Dank.“

Kreisrat **Heide** führt für die **Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren.

Der Kreiskämmerer und seine Mitarbeiter haben auch in diesem Jahr wieder einen Haushaltsplan erstellt, der trotz knapper Kassen genehmigungsfähig aussieht. In Anbetracht der finanziellen Situation eine beeindruckende Leistung. Allen Beteiligten sprechen wir dafür unseren Dank aus.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 13.11.2017

Seite 33

Öffentlich

Sieht man sich die Zahlen genauer an, so fällt vor allem das Prinzip Hoffnung auf. Hoffnung darauf, dass das Land alle Zusagen erfüllt, auch solche, die es gar nicht abgegeben hat und die nur aus dem Koalitionsvertrag ab zuleiteten sind.

Die Art und Weise, wie das Land seine finanziellen Zusagen für die Flüchtlingskosten behandelt, ist nicht akzeptabel. Erstattungen müssen rechtzeitig und verbindlich zugesagt werden und zeitnah erfolgen, nicht erst Jahre später. Die Kommunen und Kreise sind nicht die Sparkasse des Landes. Wenn das Land die vage in Aussicht gestellten Zusagen nicht erfüllt, wird der Haushalt platzen. Insofern ist der Haushalt 2018 mit hohen Risiken belastet. Das haben inzwischen alle Landkreise begriffen. In der Rastatter Erklärung haben sie notwendige und längst überfällige Forderungen an das Land und den Bund formuliert, die sich in den meisten Punkten mit unseren eigenen Forderungen decken. Es wird Zeit, dem Land gegenüber eine härtere Gangart einzulegen, sonst ändert sich nichts.

Insbesondere muss unser Schutz den tatsächlich Verfolgten gelten und darf nicht von Wirtschaftsflüchtlings missbraucht werden, auch wenn es menschlich noch so nachvollziehbar ist. Straffällige Flüchtlinge müssen umgehend zurückgeführt werden und es muss für die Verwaltung selbstverständlich sein, geltendes Ausländer- Recht auch anzuwenden

Mit den sinkenden Zuweisungen von Flüchtlingen sollte eigentlich ein Teil des 2017 aufgebauten Personals wieder frei werden. Davon sehen wir bisher nichts. Stattdessen findet ein weiterer Aufbau von 7 Stellen statt, wenn auch immerhin kostenneutral. Hier sind Korrekturen notwendig. Wir fordern eine weitere Million Einsparungen bei den Personalkosten zur Begrenzung der Neuverschuldung.

Bei der Unterbringung von Flüchtlingen sollte sich der Kreis auf die Nutzung von gemieteten Räumen und Bestandsimmobilien konzentrieren, statt nicht vorhandenes Geld in Neubauten zu stecken. Bei der notgedrungenen Billigbauweise und der Art der Belegung ist ohnehin mit einer verkürzten Nutzungsdauer zu rechnen. Dadurch wird diese Investition unter dem Strich teuer kommen. Wir lehnen daher das Darlehen an die Kreisbau für diesen Zweck ab, ebenso das Gesellschafter-Darlehen.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 13.11.2017

Seite 34

Öffentlich

Im Sozialbereich ist in 2017 das Personal stark aufgestockt worden, verbunden mit der Zusage des LR, eine Rendite durch bessere Verwaltungsarbeit zu erzielen. Die war in der Tat ausbaufähig, denn dem Kreis wären fast Bafög Erstattungen von mehreren Millionen entgangen.

Diese Rendite sehen wir bisher nicht. So ist z.B. bei der Jugendhilfe der Planwert für die Rückgriffquote auf offene Zahlungsverpflichtungen von bisher mageren 31% auf nur noch 25% gesenkt worden. Das ist wenig ambitioniert, eher blamabel. Wir erwarten, dass am Ende des Jahres ein Wert von deutlich oberhalb 30% steht. Es gibt Kreise erreichen bis zu 70%. Sonst wird die Frage unvermeidlich, ob die Zusatzkosten für mehr Personal gerechtfertigt sind.

In der Kinder- Tagespflege leistet sich der Kreis bei den Betreuern einen Schüssel von 60. Dieser Aufwand ist nicht nachvollziehbar und landesweite Spitze. Der Kreis Esslingen kommt mit 133 zu recht. Hier ist eine weitere Stelle, wo Personal unnötig ist.

Bei den Rems-Murr-Kliniken hat man angesichts der ständigen Erfolgsmeldungen subjektiv den Eindruck, sie würden regelrecht florieren. Tatsächlich sind für 2018 immer noch Zuwendungen von 21,6 Mio. notwendig, eine der größten Belastungen im Haushalt. Hier gibt es noch viel zu tun, wenn auch die Kliniken mit dem neuen Medizinkonzept eine klare Richtung haben.

Wichtig ist für uns, dass EconoMedic die Verwaltung noch eine Weile fortführt, damit das Ergebnis nicht auf den Punkt schöngerechnet werden kann. Und dass ein Übergang auf eigene Verwaltung ohne Qualitätsverlust in den kommenden Jahren geplant und kontrolliert umgesetzt wird.

Alle reden von der Digitalisierung - der Landrat auch. Für die Schulen hat er schon das Ende der 'Kreidezeit' ausgerufen. Nach unserer Meinung ist nicht entscheidend, ob der Lehrer an die Tafel schreibt oder 'beamt'. Entscheidend ist, was er schreibt, nicht wie er schreibt. Die wirklichen Änderungen müssen bei den Inhalten und den Anforderungen ansetzen. In unseren heutigen Wohlfühl-Schulen hat leider das Niveau des Unterrichts gelitten, auch weil sie von der Politik mit schulfremden Aufgaben überfordert werden.

Für 2017 war eine Studie zum Breitbandausbau beschlossen worden. Bisher haben wir kein Ergebnis gesehen. Es gibt nicht einmal eine konkrete Vorstellung von den Kosten. Vor allem ist völlig un-

geklärt, wie die Gemeinden den Ausbau der Ortsnetze wie vorgesehen selbst leisten sollen. Mit dem geplanten Aufwand von 1 Mio. im HH wird sich da wenig bewegen. Unsere Meinung ist: Entweder richtig einsteigen oder ganz bleiben lassen. Die finanzielle Situation erlaubt nach unserer Meinung nur den Ausstieg des Kreises. Dies ist keine Kreisaufgabe.

In 2017 hatten wir für den Straßenbau eine pauschale Erhöhung der Mittel um 1 Mio. gefordert und haben dafür wenig Zustimmung bekommen. Genehmigt wurden schließlich doch noch 670 T. Der Straßenzustandsbericht zeigt aber, dass selbst 1 Mio. zu wenig gewesen wäre. Immerhin ist nun Besserung in Sicht. Wir unterstützen die Vorschläge der Verwaltung ausdrücklich, den Sanierungsrückstand abzubauen. Nicht begeistert sind wir von der Finanzierung mit Hilfe der 'gefundenen' 7,5 Mio. Mit solchen Tricks schafft man nur Risiken an anderer Stelle.

Klimaschutz

Für das Sammelsurium 'Klimaschutz Plus' haben wir die Streichung mehrerer Positionen beantragt. Inzwischen weiß jedermann, was Klimaschutz ist und warum das Land ihn braucht. Teure Nachhilfe-Übungen sind unnötig geworden. Die Diesel-Affäre hat ohnehin neue Dynamik in den Klimaschutz gebracht und wird zu einer signifikanten NOx- und Feinstaub-Reduzierung führen. Das Klein-Klein im Paket Klimaschutz-Plus bedeutet Verschwendung von Mitteln.

Im Nebeneffekt ergibt sich auch eine Entlastung bei den Personalkosten.

Bei der Umwandlung der AWG in eine AöR konnten durch die Ausgliederung des Anlagevermögens Einnahmen in Höhe von 6,6 Mio. gebucht werden. Dieser Gesichtspunkt ist bei der Diskussion zur Umwandlung leider nicht genannt worden. Er hätte das Vorhaben in ein etwas anderes Licht gerückt. Trotz dieser Sondertilgung werden die Schulden um deutlich weniger als 6,6 Mio. abgebaut, weil gleichzeitig neue Schulden gemacht werden. Dieser Haushalt ist kein Sparhaushalt, trotz rekordverdächtiger Steuereinkünfte

Die Verwaltung hat eine Senkung der Kreisumlage auf 35,6% vorgeschlagen. Den Satz halten wir für gerechtfertigt aber auch für notwendig. Die Wünsche der Oberbürgermeister nach einer weiteren Senkung sind verständlich, die Neuverschuldung lässt dafür aber keinen Raum.

Vielen Dank.“

Kreisrat **Kober** legt für **DIE LINKE** dar:

Sehr geehrter Herr Landrat,

liebe Damen und Herren der Kreisverwaltung, sehr geehrte Gäste und Vertreter der Presse, liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,

auch dieses Mal spüre Ich Ihre Spannung, wie Sie meiner Rede entgegenfiebern. Ich muss Sie aber leider etwas enttäuschen, denn ich halte mich dieses Mal sehr kurz, aufgrund der äußerst begrenzten Redezeit.

1. Kreisumlage

Uns ist wichtig dass die Kommunen wieder in die finanzielle Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen: KiTas und Schulen, ÖPNV und die Wasserversorgung, Straßen und Radwege, das alles und noch viel mehr gehört in den Aufgabenbereich der Kommunen.

Doch diverse Bundesregierungen haben den Kommunen im Sozialbereich Aufgaben übertragen, ohne deren Finanzierung sicher zu stellen. DIE LINKE ist daher für die strikte Einhaltung der Konnexität: 'Wer bestellt, bezahlt.' Hat auch ein anderer vorher gesagt.

Außerdem muss der kommunale Eigenanteil am Gesamtsteueraufkommen angehoben werden. DIE LINKE will die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer weiterentwickeln. Dafür müssen die Bemessungsgrundlage erweitert und freie Berufe, mit einbezogen werden. Trotz vieler Versprechen ist bislang jedoch nichts passiert. Das schmerzt vor allem natürlich den Gemeinden und dem Kreis. Wenn sie auch wollen das das anders wird: Machen wir gemeinsam Druck!

2. Sozialticket

Wir bleiben dabei: Menschen mit geringem oder ohne Erwerbseinkommen haben ebenso Anspruch auf spezielle Tarife wie Senioren oder Studenten. Nach unserer Überzeugung, wird es höchste Zeit für ein Sozialticket, um Menschen, die sich den ÖPNV zurzeit nicht leisten können, endlich mehr Teilhabe am sozialen und wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Wir können des-

halb auch nicht verstehen, wie man diesem Gremium mehrheitlich darauf pocht, dass diese eine Sache des Bundes sei. Ein florierender VVS ist doch im Interesse der Kommunen! Und das Ticket wird doch von den Benutzern bezahlt - die bekommen es doch nicht geschenkt!

Genauso wenig wie die Senioren und die Schüler oder die Jobticket-Käufer! Nun wartet alles auf eine Tarifreform 2019. Und die sozial Schwachen haben wieder das Nachsehen. Mit uns nicht!

3. Gewinnabführung der Sparkasse

In einer finanziell schwierigen Zeit - bedingt durch das Krankenhaus - muss die kommunale Familie zusammenhalten. Im Jahresabschluss der Kreissparkasse kann man wieder nachlesen, dass die Ertragssituation wieder sehr positiv eingeschätzt wird. Die Sparkasse lebt von den Zinsüberschüssen, also von Euro und Cent. Zinsertrag und Zinsaufwand sind aber etwa im selben Verhältnis zueinander, die Differenz dazwischen hat sich kaum geändert. Deshalb möge der Kreistag beschließen, dass sich seine Vertreter im Verwaltungsrat der KSK Waiblingen für eine jährliche Gewinnabführung von 1 Mio. Euro einsetzen. Die Gewinnausschüttung soll zur Minderung des anfallenden Defizits der Rems-Murr-Kliniken verwendet werden.

1. Motorenlärm unser letzter Antrag

Wir halten es für notwendig dass sich der Kreis aktiver für mehr Ruhe auf den Straßen einsetzt. In den letzten Jahren hat der mutwillige Lärm durch manipulierte Motorräder und Autos stark zugenommen. Auch in diesem Jahr haben sich wieder Bürger von Schorndorf, Weinstadt und Backnang mit öffentlichen Veranstaltungen gegen diese Zunahme der Verlärmung unserer Landschaft gewandt. Deshalb fordern wir heute eine 'Taskforce' aus Landkreisverwaltung, Polizei und betroffenen Bürgern, um den mutwilligen Motorenlärm wirksam zu bekämpfen.

2. Der letzte Antrag: Der Direktbus

Es wird beantragt ein Direktbus Kaisersbach - Althütte - Berglen - Winnenden zu schaffen, um in akzeptabler Zeit zur S-Bahn Winnenden und zum Kreiskrankenhaus zu kommen. Bisher braucht man 75 Minuten nach Backnang und dann nach Winnenden und ein Direktbus würde dann das in 30 Minuten abschaffen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Kreisrat **Bezler** von der **ÖDP** nimmt wie folgt Stellung:

„Lieber Herr Landrat Sigel,
liebe Damen und Herren der Kreis-Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen
und liebe Besucherinnen und Besucher,

Mobilfunk / W-LAN

Beim Thema Mobilfunk und W-LAN gelang es im UVA leider nicht eine Mehrheit zu erzielen, um zumindest in einem einzigen Abteil eines fahrenden Zuges für Schutzwillige und Schutzbedürftige unseres Kreises ein strahlenarmes Umfeld einzufordern. Seit einigen Wochen ist nun bekannt: Die Telekom warnt selbst vor ihren eigenen W-LAN-Routern, indem sie in die Geräte-Anleitung schreibt: 'Nicht in der Nähe von Schlafräumen, Kinderzimmern und Aufenthaltsräumen installieren'. Nun frage ich mich als Kreisrat: Welche Konsequenzen hat dies für eine Kreisverwaltung in Bezug auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Schulen, Krankenhäuser, Büros und Asylantenunterkünfte? Welche Haftung kommt auf einen Landkreis zu, wenn nun Schäden durch einen Telekom-Router, welcher in der Nähe oder gar innerhalb eines Aufenthaltsraumes nachweisbar wird? Was ist mit den Routern anderer Hersteller? Diese unterscheiden sich nicht oder nur geringfügig von denen der Telekom. Auf Zigarettenschachteln warnt die Bundesregierung vor den Gefahren des Rauchens, das war nicht immer so. Die Telekom schützt sich nun mit ihrer Warnung geschickt vor Haftungsansprüchen. Ich bin der Meinung, dass wir hier im Sinne der Prävention Verantwortung übernehmen müssen, was auch in einem Haushaltsantrag von unserer Zählergemeinschaft eingefordert wird.

Kliniken – Gesundheit im Rems-Murr-Kreis

In Bezug auf die Zustände der Kliniken – insbesondere was die Pflege betrifft – ist Gott sei Dank – nun ein erhöhtes öffentliches Bewusstsein entstanden. In vieler Hinsicht können wir den Buhmann der Bundes- oder Landespolitik zuordnen, aber tragen wir als Träger der Rems-Murr-Kliniken wirklich dazu bei, dass beispielsweise die Kosten im Krankenhauswesen sinken und tun wir alles, damit die Anzahl der medizinisch nicht notwendigen oder vermeidbaren Behandlungen, Operationen und Kaiserschnitte sinken? Nach meinen Informationen liegt beispielsweise die Kaiserschnitttrate in der Filderklinik immer noch unverändert bei 13 %. Ich denke nicht, dass es an der geographischen Lage des Rems-Murr-Kreises liegt, dass hier eine 4-5-fach höhere Kaiserschnitttrate besteht.

Thema Umwelt / Artenvielfalt / Bienen- und Schmetterlingsarmut

In den nächsten Jahren sollen im Rems-Murr-Kreis einige Tausend Wohnungen gebaut werden, so zumindest scheint es der politische Wille zu sein: Eine echte energetische, umwelttechnische, gesundheitliche und verkehrstechnische Herausforderung, die unter anderem ein Umdenken im Verbraucherverhalten und in den Prioritäten des Kreises erfordert. Dazu möchten wir mit den folgenden Anträgen dazu beitragen.

Antrag 1:

Förderung der regionalen-biologischen Landwirtschaft durch Erhöhung des Anteils regionaler und biologisch angebaute Lebensmittel in der Versorgung von Einrichtungen, die dem Einfluss des Kreises unterliegen.

Die Kreisverwaltung erstellt einen Maßnahmenkatalog, welcher eine möglichst hohe jährliche Steigerung des Anteils ermöglicht. Das Ziel ist die Erreichung eines langfristig vollständigen Einsatzes von Bio-Lebensmittel, mindestens jedoch die Erreichung eines Levels, welches einer Bio-Zertifizierung gleichkommt, wie es in anderen Einrichtungen in unserer unmittelbaren Nähe bereits seit Jahrzehnten praktiziert wird.

Antrag 2:

Integration baubiologischer Grundsätze in den Bereichen Bauen, Renovieren, Energieeinsparung, Gesunde Arbeits- Schul- und Wohnräume, Digitalisierung und Reduzierung von elektromagnetischer Strahlenbelastung mit dem Ziel einer bestmöglichen Berücksichtigung baubiologischer und bauökologischer Gesichtspunkte.

Die Umsetzung erfolgt durch die Hinzuziehung einer kompetenten baubiologischen Gutachterin / eines kompetenten baubiologischen Gutachters bereits in der Planungsphase.

Liebe Anwesende,

herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Ihr Engagement zum Wohl unseres Landkreises.“

Der Kreistag nimmt die Haushaltsreden zur Kenntnis.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 13.11.2017

Seite 40

Öffentlich

Auszüge:
3 Amt für Finanzen

§ 2Gebührenkalkulation und Abfallwirtschaftssatzung 2018/2019 - Variante Anstalt des öffentlichenRechtsDrucksache 2017/184/01

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksache und führt aus, nach Jahren, fast einem Jahrzehnt sozusagen gleichbleibender Kosten sei nun wieder eine Kostensteigerung zu verzeichnen. Diese sei notwendig gewesen, um weiterhin eine komfortable, kundenorientierte und umweltfreundliche Abfallentsorgung zu gewährleisten. Er macht deutlich, dass wir auch mit der Steigerung noch immer deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegen. Weiter führt er beispielhaft aus, ein 4-Personen-Haushalt müsse trotz der Kostensteigerung von 128,00 EUR auf 138,00 EUR im Landesdurchschnitt weiterhin 151,00 EUR bezahlen. Landrat Dr. Sigel betont, dies sei keine Befreiung der AöR von der Verpflichtung, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger weiterhin sparsam zu sein, als Erfolgsmodell zu fungieren und auf die Kostendeckung zu achten. Vor allem im Bereich des Sperrmülls sei dies bereits intensiv diskutiert worden. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Frage der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion hin, ob in Richtung Verursachergerechtigkeit nicht bereits ein Schritt weiter gegangen werden könne. Landrat Dr. Sigel führt aus, dieses Thema sei mit Blick auf die Kalkulation für den 2-Jahreszeitraum schwierig aber werde bei der nächsten Kalkulation noch stärker in den Fokus rücken. Er merkt an, auch die Fragen von Seiten der Grünen-Fraktion zu diesem Thema seien nun beantwortet und klargestellt worden. Dadurch liege nun aus seiner Sicht ein ausgewogener und abgewogener Vorschlag vor. Landrat Dr. Sigel fragt, ob es zu diesem Vorschlag noch weitere Fragen oder Anregungen gebe.

Herr Throm legt dar, er halte diese leichte Erhöhung grundsätzlich für maßvoll. Er äußert sein Bedenken, wie dies zu vermitteln sei, wenn gleichzeitig in so starkem Umfang bei den Gebührensätzen für Großbehälter, den Gewerbemüllgebühren, die Kosten gesenkt werden können. Seiner Meinung nach sei dies, unter den Umständen, der Bevölkerung schlecht vermittelbar.

Landrat Dr. Sigel geht auf diese Aussage ein, indem er ausführt, die unterschiedlichen Kosten resultieren aus unterschiedlichen Kalkulationen bei den Privathaushalten und den gewerblichen Haushalten, wodurch diese Verschiebung zustande komme. Er betont, dass im Bereich der Gebüh-

renhaushalte auch kostendeckend kalkuliert werden müsse, jedoch auch nicht über das Ziel hinausgeschossen werden dürfe, und im Bereich des gewerblichen Abfalls hier in der Tat weniger raus komme. Er erläutert erneut, das Thema Verursachergerechtigkeit, auch im Bereich der privaten Haushalte, sei in den Beratungen im UVA in den Fokus gerückt und werde auch im Fokus bleiben.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig:

1. Der dargestellten Zuführung der Rückstellungen und der Berechnung der Nachsorgekosten von Abfallentsorgungseinrichtungen, einschließlich des Berechnungsverfahrens der kalkulatorischen Zinsen, der Abschreibung und der Verwaltungskostenerstattung wird zugestimmt.
2. Der dargestellten Gesamtkalkulation der Abfallwirtschaftsgebühren für die Jahre 2018/2019, einschließlich der vorgeschlagenen Ermessensentscheidungen, wird zugestimmt.
3. Die als Anlage 1 der Drucksache 2017/184/1 beigefügte Satzung zur Änderung der Abfallwirtschaftssatzung wird beschlossen.

Auszüge:

Abfallwirtschaftsamt

Amt für Beteiligungen und Immobilien

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 13.11.2017

Seite 43

Öffentlich

§ 3

Verschiedenes

§ 3.1

Überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg

Überörtliche Prüfung der Bauausgaben 2013 - 2016

Drucksache 2017/202

Landrat Dr. Sigel verweist auf die ausgelegte Drucksache 2017/202 „Überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg.“

Der Kreistag nimmt die Drucksache 2017/202 zur Kenntnis.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 13.11.2017

Seite 44

Öffentlich

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert